

Positionierung gegen Polizeieinsätze gegen Studierende an der Universität Freiburg und allgemein in Deutschland

Wir lehnen den Einsatz der Polizei gegen politisch-aktive Studierende der Universität Freiburg entschieden ab. Solche Maßnahmen widersprechen den Grundwerten einer Universität als Ort des Dialogs, der Bildung und des kritischen Austauschs. Gerade universitäre Organe sollten Konflikte auf Basis von Transparenz, Respekt und Gesprächen lösen, anstatt externe Eingriffe zu veranlassen, die das Vertrauen in die Institution nachhaltig beeinträchtigen.

Die deutsche Geschichte zeigt, dass polizeiliche Einsätze gegen Studierende wiederholt zu gesellschaftlichen Spannungen und tiefgreifendem Misstrauen geführt haben. Von den studentischen Protesten der 1960er-Jahre bis hin zu späteren Auseinandersetzungen wurden diese Maßnahmen häufig als unverhältnismäßig wahrgenommen und haben Gräben zwischen Hochschulen und Studierenden vertieft. Die Universität Freiburg sollte aus diesen Erfahrungen lernen und sich klar gegen solche Vorgehensweisen positionieren.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Studierende, die ein integraler Bestandteil der Universität sind, durch polizeiliche Maßnahmen eingeschüchtert oder in ihrer freien Meinungsäußerung behindert werden. Diese Einsätze tragen zu einem Klima des Misstrauens bei, das den universitären Zusammenhalt untergräbt.

Wir fordern die Universität Freiburg auf, keine Polizeieinsätze gegen ihre eigenen, politisch-aktiven Studierenden anzuordnen. Konflikte müssen intern und auf Augenhöhe gelöst werden. Studierende sind keine Kontrahent*innen, sondern Mitgestalter*innen der Universität, und ihre Anliegen verdienen Gehör. Nur durch gegenseitigen Respekt und den Willen zum Dialog kann die Universität ein Ort des Miteinanders bleiben – für heute und für zukünftige Generationen.